

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 08.02.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus Kleiner Saal
Zeit: 17:00 Uhr bis 19:50 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Lothar Dieringer	parteilos	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Martina Wildgrube	FDP	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 18:50 Uhr
Herr Christian Feigl	SKE	
Herr Ingo Kautz	SKE	
Frau Undine Klein	SKE	
Herr Dieter Lehmann	SKE	
Herr Dieter Schika	SKE	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Heft	parteilos
Frau Claudia Cappeller	SKE
Herr Rainer Köhne	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.01.2011
4. Bericht des Kinder- und Jugendrates zum Projekt "Spielplatztester"
5. mündliche Information zum Handlungskonzept "Soziale Stadt" Halle-Neustadt
6. Beschlussvorlagen
 - 6.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009
Vorlage: V/2010/09413
Änderungsantrag des Stadtrates Frank Säger (CDU) zur Beschlussvorlage
 - 6.1.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 (Vorlage-Nr.: V/2010/09413)
Vorlage: V/2011/09538
 - 6.1.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009"(Vorlage V/2010/09413) - hier Haushaltsstelle: 1.8430.715000
Vorlage: V/2011/09550
 - 6.2. Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) - Abwägungsbeschluss
Vorlage: V/2010/09404
 - 6.3. Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) - Satzungsbeschluss
Vorlage: V/2010/09405
 - 6.4. Grundsatzbeschluss HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE Gewerbegebiete Halle-Ost (HES)
4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100
Vorlage: V/2010/09265
 - 6.5. Baubeschluss HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100
Vorlage: V/2010/08946
 - 6.6. Beschluss zur Weitergeltung der baugestalterischen Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 105 Gartenstadt Nietleben
Vorlage: V/2010/09421
 - 6.7. Bebauungsplan Nr. 32.3 Heide-Süd, 2. Änderung - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2011/09500
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Umleitungsstrecken der A 14
Vorlage: V/2010/09222
 - 7.2. Antrag des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zum Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule
Vorlage: V/2010/09228
 - 7.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Gewerbe- und Industriegebietes Halle -Trotha
Vorlage: V/2010/09242
 - 7.4. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Erstellung eines Brückenkatasters für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/09325
 - 7.5. Antrag des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Freischaltung von Arbeitsfunktionen bei den Bebauungsplänen im Internet
Vorlage: V/2010/09377
 - 7.6. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene"
Vorlage: V/2010/09362
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen

- 9.1. Information zur Sitzung des Gestaltungsbeirates am 13.12.2010
Vorlage: V/2010/09406
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Sänger eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

die Tagesordnung wurde wie folgt geändert:

Top 5.4 und 5.5

Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES)

4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100

Vorlage: V/2010/09265

und

Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100

Vorlage: V/2010/08946

wurden auf Wunsch der Verwaltung vertagt, Anfragen und Anträge zum Thema wurden beraten.

Top 6.3

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Gewerbe- und Industriegebietes Halle -Trotha

Vorlage: V/2010/09242

Herr Menn vertagte den Antrag.

Top 6.6

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene"

Vorlage: V/2010/09362

Herr Menn beantragte die Nichtzuständigkeit des Planungsausschusses.

Abstimmung

Der Antrag wurde mit

7 Ja-Stimmen 3 Enthaltungen

einstimmig angenommen.

Top 9.1

mündliche Information zum Handlungskonzept "Soziale Stadt" Halle-Neustadt wurde auf Bitte von Herrn Dr. Köck vorgezogen – Top 5.

Top 6.2

Antrag des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zum Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule

Vorlage: V/2010/09228

Da Herr Lange nicht am Ausschuss teilnahm wurde der Antrag vertagt.

Dringlichkeitsvorlage

Bebauungsplan Nr. 32.3 Heide-Süd, 2. Änderung – Aufstellungsbeschluss wurde einstimmig in die Tagesordnung aufgenommen – Top 5.7

Abstimmungsergebnis:

mit Änderungen einstimmig angenommen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.01.2011

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 4 Bericht des Kinder- und Jugendrates zum Projekt "Spielplatztester"

Abstimmungsergebnis:

Kenntnis genommen.

zu 5 mündliche Information zum Handlungskonzept "Soziale Stadt" Halle-Neustadt

Herr Wendler stellte die Maßnahmen zum Handlungskonzept „Soziale Stadt“ Halle-Neustadt vor.

Herr Felke fragte

1. nach dem finanziellen Umfang der Maßnahmen
2. nach der Realisierung der Maßnahmen in den Programmjahren
3. nach der Vergabe für das QM und die Perspektiven des QM?

Herr Luebach erklärte, dass im letzten Jahr erstmalig aus haushaltsrechtlichen Gründen Fördermittel zurückgegeben wurden. In 2011 müssen Mittel auch längere Zeit in der vorläufigen HH ausgegeben werden. Neue Projekte sind nur in diesem engen Rahmen möglich. Es stehen Mittel aus vergangenen Programmjahren zur Verfügung, weil das Vorhaben „Hornschnle“ nicht umgesetzt werden konnte. Altbewilligungen stehen in geringem Umfang für 2012 und 2013 zur Verfügung.

Das QM muss 2011 europaweit ausgeschrieben werden. Dies ist erst bei genehmigtem HH möglich.

Gesamtumfang der Mittel in 2011: 1,16 Mio. €, davon Fördermittel 774 T €

Herr Sieber fragte, ob das DVZ mit öffentlichen Mitteln abgerissen wird?

Herr Lunebach antwortete, dass eine 50 %-ige Förderung für den Abriss möglich ist.

Der Eigentümer war bisher nur mit einem Abriss einverstanden, wenn dort großflächiger Einzelhandel angesiedelt werden kann. Dies ist städtebaulich nicht gewünscht. Bis Ende Februar wird eine Reaktion des Eigentümers erwartet.

Frau Schlüter-Gerboth machte darauf aufmerksam, dass im DVZ großflächige Wandbilder (sofern noch vorhanden) fotografisch gesichert werden sollten.

Herr Lunebach sagte, dass diese Maßnahme in einen evtl. Fördermittelbescheid mit aufgenommen werden kann.

Herr Feigl fragte, ob statt Abrissförderung eine Nachnutzung angestrebt werden kann? Wie sieht hier die Zusammenarbeit von Verwaltung und Eigentümer aus? Ziel sollte es sein, die Infrastruktur in Halle-Neustadt zu erhalten.

Herr Lunebach antwortete, dass eine Kleingewerbenutzung in vielen Fällen rechtlich nicht möglich ist. Außerdem wären hohe Subventionen notwendig, um Gebäude zu sanieren und zu erhalten.

Die ruinösen Gebäude haben oft einen negativen Einfluss auf die Vermietbarkeit umliegender sanierter Wohnbebauung. Das städtebauliche Erscheinungsbild wird negativ beeinflusst.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnis genommen

zu 6 Beschlussvorlagen

zu 6.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011

sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009
Vorlage: V/2010/09413

als Tischvorlagen wurden folgende Änderungsblätter verteilt:

1. Übersicht über 2011 anfallende Planungsleistungen/ Sachverständigenkosten im Amt 61
2. Veränderung der Verpflichtungsermächtigungen – Stadtplanungsamt
- 3.-6. Veränderungen der Ansätze Stadtplanungsamt für die Jahre 2011/2012/2013/2014
7. Änderungen Tiefbauamt Vermögenshaushalt 2011

Herr Dr. Pohlack gab eine Einführung zum Haushalt, zum Defizit und notwendigen Einsparungen.

Verw.HH

UA 6100

HH-Stelle 562000 Aus- und Fortbildung

Frau Wildgrube fragte nach dem Grund der Erhöhung?

Herr Lunebach erläuterte, dass es sich um notwendige EDV- Schulungen vor allem im CAD-Bereich handelt. Hier hat sich in den letzten Jahren aus Einsparungsgründen ein Defizit aufgebaut. Die Voraussetzungen für die vermehrte Eigenplanung des Amtes muss sicher gestellt werden.

HH-Stelle 655000 Sachverständigenkosten

Frau Wildgrube fragte nach dem Grund der Erhöhung?

Herr Lunebach erläuterte, dass zunehmend drittmittelbezogene Planungen erbracht werden, die durch Einnahmen weitgehend ausgeglichen werden.

HH-Stelle 171000 Zuweisungen vom Land

Herr Feigl fragte nach der Beteiligung der Stadt Halle an der „Anbindung des Elster-Saale-Kanals“ an der Saale.

Herr Lunebach erläuterte, dass es sich hierbei zunächst um eine Potentialanalyse handelt.

Übersicht über 2011 anfallende Planungsleistungen/Sachverständigenkosten im Amt 61

Herr Sieber fragte

1. zu Position 17 „Erschließungsgutachten zum Rahmenplan Gebiet Steinerne Jungfrau“ und 18 „Erschließungsgutachten zum B-Plan Rosengarten“, ob dies nicht fortlaufende Tätigkeiten der Verwaltung sind?
2. Zu Position 20 „Machbarkeitsstudie Friedemann-Bach-Platz im Rahmen „Stadt der Wissenschaft““ wollte er wissen, auf welcher Basis eine so große Summe veranschlagt wird und ob der Stadtrat die Planungsleistungen im Einzelnen genehmigen muss?

Herr Lunebach erläuterte

zu 1. dass eine Vergabe dieser Leistungen günstiger ist, als Fachpersonal im Amt 66 dafür vorzuhalten.

zu 2. dass Planungsleistungen gemäß Vergabeordnung der Stadt im Einzelnen vergeben werden.

Die Leistungen zum Friedemann-Bach-Platz beinhalten eine umfassende Machbarkeitsstudie, die Voraussetzung ist, um den notwendigen Wettbewerb ausschreiben zu können. Sollte die Stadt am 27.03.2011 im Wettbewerb „Stadt der Wissenschaften“ nicht gewinnen, sind neue Überlegungen notwendig.

Herr Menn fragte zu Position 11 „Workshop Marktbegegnung“, warum diese Maßnahme durchgeführt werden soll?

Herr Lunebach antwortete, dass im PA Januar eine Weiterarbeit an der Problematik gewünscht wurde. Es wurde vorgeschlagen den Planer des Marktplatzes einzubeziehen sowie eine Bürgerversammlung im März durchzuführen. Dafür wurde HH-Vorsorge getroffen.

HH Stelle 588000 Öffentlichkeitsarbeit und Werbung

Herr Sommer fragte, warum hier reduziert wurde?

Herr Lunebach antwortete, dass es sich hier um freiwillige Leistungen handelt. In den letzten Jahren konnten die Mittel aufgrund der haushaltsrechtlichen Restriktionen überwiegend nicht ausgegeben werden.

UA 6600

HH-Stelle 570600

Herr Felke fragte, ob eine Beteiligung des Bundes über das Land an den Kosten für den Winterdienst geprüft wurde?

Die Verwaltung prüft die Sachlage

HH-Stelle 511000 Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze

Herr Sieber fragte, ob die veranschlagte Summe realistisch ist?

Die Verwaltung antwortete, dass die Summe für 2011 in etwa der des Jahres 2010 entspricht. Sie ist nicht ausreichend, um das Straßennetz konstant zu erhalten. 5 Mio. € wären angemessen.

Herr Sprung regte an, den Etat auf 5 Mio. € aufzustocken.

Herr Felke führte aus, dass bei einer evtl. Förderung durch das Land, 25 % Eigenmittel notwendig sind.

Herr Sänger schlug folgenden Antrag vor – siehe Top 6.1.1.

UA 6300

HH-Stelle 514000 Grundwasserabsenkung Halle-Neustadt

Herr Dr. Köck fragte, warum diese Position unter dem UA Gemeindestraßen steht und wie der Zustand der Pumpanlagen eingeschätzt wird?

Herr Heinz erläuterte die Gründe und führte aus, dass keine akute Gefährdung vorliegt, zukünftig aber eine Erneuerung der Pumpenanlagen notwendig ist.

HH-Stelle 655000 Sachverständigenkosten

Herr Sommer fragte, woraus sich die Erhöhung ergibt?

Herr Heinz antwortete, dass hier z. B. die Brückenprüfungen veranschlagt sind.

UA 6700

HH-Stelle 519000 Unterhaltung der Brunnen und Wasserspiele

Herr Sommer fragte, ob die eingestellte Summe ausreichend ist und ob die Kosten für die Fontäne von der Stadt übernommen werden?

Herr Schmoll antwortete, dass die Fontäne saniert ist und die Diskussionen um die Kosten sich auf die Stromkosten beziehen. Dies ist noch nicht abschließend geklärt.

Die Position Unterhaltung beinhaltet Ersatzteile und Reparaturen der Anlagen.

UA 8550 Stadtwald

Herr Sieber fragte, ob es möglich ist, als Stadtrat von der Verwaltung ein Konzept mit der Untersetzung der Ausgaben zu erhalten? Die Ausgaben sind seiner Meinung nach sehr hoch.

Herr Sänger bestätigte und forderte die Stadtverwaltung auf, *diese Anfrage zu schriftlich zu beantworten.*

UA 8430 Zentrales Gebäudemanagement

Herr Menn fragte nach der notwendigen Summe für die Unterhaltung der Gebäude der Stadt.

Die Verwaltung antwortete, dass zum Erhalt der städtischen Gebäude ca. 12,6 Mio. € notwendig sind.

Herr Menn stellte den unter Top 6.1.2. aufgeführten Antrag.

Verm.HH

UA 6100

Herr Lunebach erläuterte die Notwendigkeit der Ausgabe von Änderungslisten (Verschiebung der Antragsfristen für die Städtebauförderung vom 15.09.2010 auf den 31.01.2011).

UA 6600

Herr Dieringer fragte, ob der Straßenbelag an der Kreuzung Dieselstr./Alte Schmiede/Leipziger Chaussee erneuert wird.

Die Verwaltung antwortet schriftlich.

UA 8430

HH-Stelle 004 Vernetzung zum Marktplatz

Herr Sieber fragte, was hiermit gemeint ist?

Herr Bielecke erläuterte, dass das Kommunikationsnetz der Stadt vervollständigt werden soll.

HH-Stelle 005 Ratshof – Brandschutzsicherung Keller

Herr Sieber fragte nach der Notwendigkeit einer Brandschutzsicherung im Ratshof.

Herr Bielecke erläuterte ausführlich.

Es wurde eine zweite Lesung am 08.03.2011 für notwendig befunden.

Weitere Anfragen können bis dahin an die Stadtverwaltung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

beraten

2. Lesung am 08.03.2011

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt die Haushaltssatzung 2011, den Haushaltsplan 2011 und das Haushaltskonsolidierungskonzept zur Kenntnis und verweist sie in die Fachausschüsse.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Beratungen in den Fachausschüssen Vorschläge zu bringen, damit der Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt von 31,8 Mio. € um 12,3 Mio. € auf 19,5 Mio. € (gemäß Beschluss zur Nachtragshaushaltssatzung 2010) gesenkt wird.
3. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2009 zur Kenntnis.

zu 6.1.1 Änderungsantrag des Stadtrates Frank Sänger (CDU) zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 (Vorlage-Nr.: V/2010/09413) Vorlage: V/2011/09538

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 8

Enthaltungen 2

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die HH-Stelle 511000 – Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze – betreffend, die Absicherung einer 25%igen Eigenbeteiligung der Stadt bei Landeszuweisungen für die Straßenunterhaltung.

zu 6.1.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr

**2009"(Vorlage V/2010/09413) - hier Haushaltsstelle: 1.8430.715000
Vorlage: V/2011/09550**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 4
Nein-Stimmen 4
Enthaltungen 2
mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Zuschuss an den Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement in der HHSt. 1.8430.715000 wird um **2.500.000,00 €** auf **2.500.000,00 €** erhöht.

**zu 6.2 Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: V/2010/09404**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zur Neufassung der Stellplatzsatzung wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie den Nachbargemeinden, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

**zu 6.3 Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) -
Satzungsbeschluss
Vorlage: V/2010/09405**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Satzung der Stadt Halle über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge und über die Erhebung von Ablösebeträgen (Stellplatzsatzung) in der vorgelegten Fassung vom 18. Januar 2011.
2. Die Begründung in der vorgelegten Fassung vom 18. Januar 2011 wird gebilligt.

**zu 6.4 Grundsatzbeschluss Haupteerschließungsstraße Gewerbegebiete
Halle-Ost (HES)
4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100
Vorlage: V/2010/09265**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die weitere Planung / Planfeststellung zum Abschnitt Delitzscher Straße - B 100 der HES 4. BA entsprechend Vorzugsvariante.

**zu 6.5 Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100
Vorlage: V/2010/08946**

Top 6.4 und 6.5 wurden gemeinsam behandelt

Auf Wunsch der Verwaltung wurden beide Vorlagen auf die Sitzung im März vertagt.

Folgende Anträge und Anfragen wurden der Verwaltung zur Berücksichtigung übergeben:

- Änderungsantrag Nr. V/2011/09529 der Fraktion MitBÜRGER für Halle –NEUES FORUM zum Grundsatzbeschluss
- Änderungsantrag Nr. V/2011/09530 der Fraktion MitBÜRGER für Halle –NEUES FORUM zum Baubeschluss
- Anfrage Nr. V/2011/09492 des Stadtrates Lothar Dieringer (CDU) zum Baubeschluss
- Fragenkatalog der Fraktion DIE LINKE.

Herr Felke schlug vor, die Bürgerinitiative (Bül) einzubeziehen und die Vorwürfe der Bül zu entkräften. Er bat darum eine Positionsdarstellung der Verwaltung zu den Vorwürfen der Bül an die Fraktionen zu übergeben.

Herr Kautz bat um eine Information des Planungsausschusses vor der nächsten Sitzung zum Schreiben der Bül.

Herr Dieringer wies wiederholt darauf hin, dass in der Vorlage zum Baubeschluss bei Anlage 8 die Seite 1 fehlt.

Wird nachgereicht bzw. ist in Session einsehbar.

Frau Wildgrube fragte nach vertraglichen Vereinbarungen mit der DB und bat um eine nachvollziehbare Darstellung aller Varianten mit Kosten und Folgekosten.

Herr Heinz antwortete, dass noch keine Verträge mit der DB vorliegen.

Frau Schlüter-Gerboth bat darum, die Anlage 1 zum Antrag aus 1993 nachzureichen.

Herr Sieber kritisierte, dass die Verwaltung die Bül, die seiner Meinung nach ein enormes Fachwissen besitzt, nicht einbezogen hat.

In dem Beschluss von 1993 ist eine Radverbindung bis zum Goldberg aufgenommen worden. Wie wird der Beschluss umgesetzt? Die Variante Kreisverkehr an der Reideburger Landstraße sollte untersucht werden.

Herr Möbius sagte, dass die Untersuchung zu Kreisverkehren bereits erfolgt ist und sich im Ergebnis die Ampelvariante als leistungsfähiger darstellt.

Herr Sommer sprach sich für klare Aussagen zu einer Troglösung aus.

Herr Heinz sagte, dass die Prüfungen dazu abgeschlossen sind und eine Information dazu erfolgen wird.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die weitere Planung und die Bauausführung des 4. Bauabschnittes der Hupterschließungsstraße.

Weiterhin beschließt der Stadtrat:

1. Die Querung der Hupterschließungsstraße im Zuge des Hobergweges plangleich auszubilden.
2. Die Realisierung der ergänzenden Schallschutzmaßnahmen.

**zu 6.6 Beschluss zur Weitergeltung der baugestalterischen Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 105 Gartenstadt Nietleben
Vorlage: V/2010/09421**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Weitergeltung der textlichen Festsetzungen II, 2.1, 3.1, 3.2 und 4.2 des Bebauungsplanes Nr. 105 Gartenstadt Nietleben in der Fassung vom Oktober 2001 (ausgefertigt am 06.Mai 2002) für 5 Jahre.

**zu 6.7 Bebauungsplan Nr. 32.3 Heide-Süd, 2. Änderung -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2011/09500**

Frau Schlüter-Gerboth fragte, warum das Vorhaben mitten in die zusammenhängende Grünfläche gebaut werden soll, ob am TGZ nicht noch Platz ist?

Herr Lunebach erläuterte, dass der B-Plan in dieser Form seit 1998 rechtskräftig ist, an den Grenzen wurden keine Änderungen vorgenommen. Es ist seitdem eine Baufläche ausgewiesen.

Herr Feigl fragte, ob die Ansiedlung einer Protonenanlage förderunschädlich ist, die Saalekliniken durften aus förderrechtlichen Gründen dort nicht angesiedelt werden? Wo ist der Unterschied?

Herr Lunebach erklärte, dass dieses Vorhaben keine reine gesundheitliche Einrichtung ist, sondern eine Anbindung an Forschung und die Uni gegeben sind. Damit ist es förderunschädlich.

Herr Felke fragte, ob evtl. Auswirkungen des Hochwassers und der Ausbau des Gimritzer Damms flächenmäßig berücksichtigt wurden?

Herr Lunebach antwortete, dass dies erfolgt ist (siehe Begründung Pkt. 6.1).

Herr Dr. Köck fragte, ob das Vorhaben in eine Hanglage räumlich verschoben werden kann, um eine Hochwasserbeeinträchtigung auszuschließen und evtl. die noch vorhandenen Villen mit zu nutzen?

Herr Lunebach sagte, dass dies eine weitere B-Planänderung bedeuten würde. Im Zuge der Überprüfung der Hochwasserschutzanlagen werden Hoch- und Grundwassereinflüsse geprüft.

Herr Fikentscher fragte nach Parkmöglichkeiten?

Herr Lunebach antwortete, dass eine Parkpalette vorgesehen ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, den Bebauungsplan Nr. 32.3 „Heide-Süd“ (Satzungsbeschluss des Stadtrates am 26.03.1997, Beschluss Nr. 97/I-29/563) im vereinfachten Verfahren nach §13 BauGB zu ändern (2. Änderung). Der räumliche Geltungsbereich der 2. Änderung ist Lageplan vom 25.1.2011 dargestellt.
2. Der Stadtrat billigt den Änderungsumfang.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 32.3 ortsüblich bekanntzumachen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB am Planverfahren zu beteiligen und die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 BauGB zur Stellungnahme aufzufordern.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von
Umleitungsstrecken der A 14
Vorlage: V/2010/09222**

Herr Felke sagte, dass er es für lohnenswert hält, noch einmal mit dem Land zu verhandeln, um alternative Umleitungsstrecken für die A 14 zu finden, die an der Stadt vorbeiführen oder auch den Verkehr zu splitten in PKW- und LKW- Verkehr.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 7

Nein-Stimmen 1

Enthaltungen 1

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, an das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt mit der Forderung heranzutreten, konkrete Alternativen zu den derzeitigen Umleitungsstrecken für den Streckenabschnitt der A 14 zwischen der Anschlussstelle Halle-Trotha und der Anschlussstelle Halle-Tornau bzw. Halle-Peißen zu prüfen und zeitnah umzusetzen.

**zu 7.2 Antrag des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zum Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule
Vorlage: V/2010/09228**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule (Harzgeroder Straße) zu erstellen und ~~umzusetzen~~

Umsetzungsmöglichkeiten zu prüfen. Dabei sollen auch die Nutzer des Cliquentreffs „Schnatterinchen“ und die AnwohnerInnen mit einbezogen werden.

Die Stadtverwaltung prüft dabei, inwieweit bei der Umgestaltung generationenübergreifende Spiel- und Sportmöglichkeiten installiert werden können.

Die Stadtverwaltung berichtet dem Stadtrat spätestens im ~~Februar~~ **Juni** 2011 über das Konzept und den ~~Stand~~ **über die Möglichkeiten** der Umsetzung.

**zu 7.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Gewerbe- und Industriegebietes Halle -Trotha
Vorlage: V/2010/09242**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, für den Bereich des Gewerbe- und Industriegebietes Halle-Trotha einen Bebauungsplan aufzustellen. Ziel ist es, künftige Ansiedlungen im Gewerbe- und Industriegebiet so zu steuern, dass Konflikte mit den Bewohnern der angrenzenden Wohngebiete in Kröllwitz ausgeschlossen werden.

**zu 7.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Erstellung eines Brückenkatasters für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/09325**

Frau Klein begründete den Antrag und fragte, wie in Zukunft mit der Verschlechterung des Zustandes der Brücken umgegangen werden soll und was aktuell getan wird, um Gefahrezustände zu beseitigen?

Herr Sängner sagte, dass die Verwaltung dazu Material erarbeiten wird.

Die Verwaltung hatte eine erneute umfangreiche Stellungnahme mit Datum vom 14.01.2011 vor der Ausschusssitzung versendet. Diese wird nunmehr in der nächsten Sitzung beraten.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadt Halle (Saale) erstellt ein Brückenkataster und legt dieses dem Stadtrat zum Januar 2011 vor.

Das Kataster gibt Auskunft über:

1. den Zeitpunkt der letzten Brückenhauptprüfung sowie den erfassten Ergebnissen,
2. vorhandene Mängel und sich daraus ableitender Handlungsbedarf,
3. die Anzahl der Brücken im Bestand der Stadt Halle (Saale),
4. in welchem Umfang (prozentual und absolut) es sich um Bundesstraßen, Landstraßen, Gemeindestraßen und Fußgängerbrücken (Fahrradbrücken) handelt,
5. mit welchen Kosten für die Brückensanierung in den nächsten 10 Jahren zu rechnen ist (ausweislich für jedes einzelne Jahr),
6. wie hoch die Reparaturrückstellungen der Stadt sind,
7. mit welchen Fördermitteln des Landes und des Bundes die Stadt in den nächsten 10 Jahren bei der Sanierung für die Brücken rechnen kann,
8. wie hoch der prozentuale und absolute Anteil der Stadt an den Reparaturkosten für jede einzelne Brücke ist,
9. wie hoch die Unterdeckung ist.

Ableitend aus dem Brückenkataster entwickelt die Stadt einen Sanierungsplan. Dieser ist detailliert zu untersetzen und dem Stadtrat bis zum Januar 2011 vorzulegen.

**zu 7.5 Antrag des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Freischaltung von Arbeitsfunktionen bei den Bebauungsplänen im Internet
Vorlage: V/2010/09377**

Abstimmungsergebnis:

durch Fraktion als erledigt erklärt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt bei der Veröffentlichung der Bebauungspläne der Stadt Halle (Saale) auf www.halle.de die Bearbeitungsfunktionen freizuschalten sowie dem Anwender den Dokumentendruck zu ermöglichen.

**zu 7.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene"
Vorlage: V/2010/09362**

Abstimmungsergebnis:

der Ausschuss erklärte sich für nicht zuständig

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt den Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, den Beitritt der Stadt Halle (Saale) durch die

Unterzeichnung der Urkunde zur Charta beim Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) zu bekunden.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb der nächsten zwei Jahre einen Gleichstellungs-Aktionsplan zu erstellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, sowie regelmäßig über den Entwicklungsstand im Sozial, Gesundheit- und Gleichstellungsausschuss zu berichten.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 9 Mitteilungen

Herr Lunebach wies darauf hin, dass der Planungsausschuss im März, Mai und Juni im Christian-Wolff-Haus stattfindet.

zu 9.1 Information zur Sitzung des Gestaltungsbeirates am 13.12.2010 Vorlage: V/2010/09406

Die Empfehlungen des Gestaltungsbeirates werden zur Kenntnis genommen

1. Neubau Große Steinstraße 8 – Information zum Planungsfortschritt
2. Fassadensanierung Moritzzwinger 11-16
3. Stadtpark neu gelebt.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

- **Herr Felke** fragte nach dem Umsetzungsstand des EE-Wärmegesetzes? Wird die Kontrolle an die Bauaufsichtsbehörde übertragen?

Die Verwaltung antwortet schriftlich.

- **Herr Felke** fragte in Bezug auf den Skatepark in Halle-Neustadt, wie die vertraglichen Regelungen mit dem Verein zur Betreuung der Anlage gestaltet sind? Betrifft dies auch das nähere Umfeld der Anlage? Es wurden Probleme zu fehlenden Müllkübeln, umgefahrenen Pollern in Richtung Intercityhotel geäußert.

Die Verwaltung antwortet schriftlich.

zu 11 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 05.04.11

Frau Schmiedehaus
Protokollführerin

Herr Dr. Pohlack
Bürgermeister

Herr Säger
Vorsitzender